

Landesgeschäftsstelle
Marienstraße 3A
70178 Stuttgart

Telefon 0711-24 10 45
Telefax 0711-24 10 46
Mobil: 0162 375 86 85
info@die-linke-bw.de

DIE LINKE. * Marienstraße 3A * 70178 Stuttgart
Landesverband Baden-Württemberg im
Deutsche Bibliotheksverband e.V.
z.Hd. Frau Monika Ziller
Per Mail

Stuttgart, den 25.01.2016

Sehr geehrte Damen und Herrn, Sehr geehrte Frau Ziller

Vielen Dank, dass Sie uns die Möglichkeiten geben auf Ihre Fragen zu
antworten.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüsse
Martin Günther

**DIE LINKE: Wahlprüfsteine des Landesverbandes
Baden-Württemberg im Deutsche Bibliotheksverband e.V.**

1. Sollten Bibliotheken nach Ansicht Ihrer Partei als Weiterbildungsträger anerkannt werden?

Bibliotheken sind Bildungseinrichtungen. DIE LINKE steht für Vielfalt in der Bildung und dementsprechend auch für Vielfalt in den Bildungsinstanzen. Gerade Bibliotheken spielen eine wichtige Rolle im Bereich der Erwachsenenbildung und des lebenslangen Lernens. Im Bereich der Weiterbildungsträger müssen aus unserer Sicht verbindliche Qualitäts- und Bildungsstandards gelten. Erfüllen Bibliotheken diese, können sie als Weiterbildungsträger anerkannt werden.

2. Wie steht Ihre Partei zu einem Bibliotheksgesetz für Baden-Württemberg?

Wir engagieren uns insgesamt für Landesbibliotheksgesetze, in denen der Unterhalt von Bibliotheken und deren Finanzierung verpflichtend festgeschrieben wird. Und wir unterstützen die Forderung nach einem Bibliotheksrahmengesetz auf Bundesebene. Wir setzen uns für eine bundesweite gesetzliche Regelung ein, die den Unterhalt öffentlicher Bibliotheken zur Pflichtaufgabe erklärt und Anforderungen an die Ausstattung der Bibliotheken, deren Standards und Finanzierung festschreibt. In der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wurde auch über ein Bundesbibliotheksgesetz debattiert, dieses wurde unter föderalen Gesichtspunkten aber leider verworfen. Die Fraktion DIE LINKE hat dazu ein Sondervotum eingebracht (siehe BT-Drs. 16/7000 S.132). Wir halten ein solches Gesetz auf Bundesebene für unverzichtbar. Immerhin aber wurde im Schlussbericht 2007 eine Empfehlung für Bibliotheksgesetze in den Ländern und für einen länderübergreifenden Bibliotheksentwicklungsplan ausgesprochen. Dafür setzen wir uns nun in den Landesparlamenten ein.

3. Wie steht Ihre Partei zur Förderung öffentlicher Bibliotheken durch Landesmittel?

Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken ein. Besser ausgestattete öffentliche Bibliotheken, Schulbibliotheken sowie Hochschulbibliotheken leisten einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung von kultureller Bildung sowie von Medien- und Informationskompetenz.

Öffentliche Bibliotheken sollten als kommunale Kultureinrichtungen weiterhin in der Verantwortung der Kommunen bleiben. Dies aber unter der Voraussetzung, dass Bund und Land ihrer Verantwortung gerecht werden und die Kommunen finanziell so ausstatten, dass diese ihren Aufgaben nachkommen können. Gewährleistet sollte die Ausstattung der Bibliotheken mit hauptamtlichen Fachpersonal sein. Kindern, Jugendlichen und sozial Bedürftigen sollte ein kostenfreier Zugang zu den öffentlichen Bibliotheken ermöglicht werden. Eine explizite Landesförderung erachten wir als notwendig für Sonderprogramme

wie Bibliotheksausstattung oder Bauprogramme, und bei besonderen Herausforderungen wie z.B. Medienbildung, Digitalisierung und Projekten für und mit Geflüchteten im Rahmen der Willkommenskultur. DIE LINKE setzt sich zudem für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bildungs- und Kulturbereich ein, um so alleinige Finanzierungen des Bundes oder gemeinsame Finanzierungen des Bundes und der Länder in diesen Bereichen zu ermöglichen. Die Beschränkung der Bundesförderung auf Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, hat sich als außerordentlich hinderlich erwiesen. Und wird auch vom Bund selbst durch die Förderung privater Bildungsträger immer wieder umgangen. Stattdessen wollen wir eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung und Wissenschaft sowie eine Gemeinschaftsaufgabe Kultur im Artikel 91b des Grundgesetzes verankern. Damit können integrierte Politikansätze in der Kultur- und Bildungspolitik auf eine rechtlich sichere Basis gestellt werden.

4. Wird sich Ihre Partei für die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle in Baden-Württemberg für Schulbibliotheken einsetzen?

DIE LINKE unterstützt die Forderung des Deutschen Bibliotheksverbandes, eine zentrale Anlaufstelle mit kompetenten Ansprechpartnern zu schaffen. Diese soll die Schulen und Schulträger bei Fragen zur Konzeption, Einrichtung, Finanzierung, Personal, Einbindung in den Unterricht sowie Kooperation mit der nächstgelegenen Öffentlichen Bibliothek beraten. Wir setzen uns für die Stärkung der öffentlichen Bibliotheken ein, damit diese auch verlässliche Partner der jeweiligen Schulbibliotheken sein können. Darüber hinaus streben wir die Vernetzung und das gute Miteinander zwischen Schulbibliotheken und öffentlichen Bibliotheken an.

5. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Bibliotheken Mittel erhalten, um eine Willkommenskultur zu etablieren und Migranten und ihren Familien die Integration in Baden-Württemberg zu erleichtern?

Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken ein. Wir unterstützen, dass auch in Bibliotheken Projekte im Rahmen der sogenannten „Willkommenskultur“ als wichtige Aufgabe berücksichtigt werden. Öffentliche Bibliotheken sind Vermittler kultureller Bildung und niedrigschwelliger „Türöffner“ zu Information und Bildung für alle, gerade im Bereich der Integration von Migranten und ihren Familien können sie eine wichtige Rolle übernehmen. Hilfreich wäre es aus unserer Sicht, wenn die öffentlichen Bibliotheken ihre Bestände durch ein mehrsprachiges Angebot und Literatur aus den Herkunftsländern der Geflüchteten ergänzen könnten. Dies würde auch nicht zuletzt die interkulturelle Verständigung fördern.

6. Sollen Bibliotheken nach Ansicht Ihrer Partei als Träger der außerschulischen Jugendbildung anerkannt werden?

Ja, dies sollte möglich sein, wenn die Bibliotheken die Qualitäts- und Bildungsstandards des Trägers erfüllen. Bibliotheken sind für DIE LINKE wichtige Partner für die schulische und außerschulische Bildung.